

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Ämtliches  
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 248

Dienstag, den 21. Oktober 1924.

48. Jahrgang

## Der Reichstag aufgelöst!

Berlin, 20. Oktober. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichkanzlers den Reichstag aufgelöst. Eine Konstituierung des Reichstages findet nicht mehr statt. Die Neuwahlen werden frühestens am 30. November stattfinden.

Ämtlich wird gemeldet: Die Bemühungen des Reichkanzlers, die jetzige Reichregierung zu erweitern und ihr eine sichere Mehrheit im Reichstag zur Fortführung der bisherigen Politik zu schaffen, sind gescheitert. Daraufhin hat der Kanzler, da sich ein anderer gangbarer Weg nicht zeigte, in Übereinstimmung mit dem gesamten Reichskabinetts beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages beantragt, um dem Volke Gelegenheit zu geben, eine solche Mehrheit zu schaffen. Der Reichspräsident hat dem Antrag des Reichkanzlers entsprochen.

Der Wortlaut der Verordnung des Reichspräsidenten. Der Reichspräsident hat nachstehende Verordnung erlassen: Parlamentarische Schwierigkeiten machen die Beibehaltung der gegenwärtigen Reichregierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher bestellten Jünen- und Außenpolitik unmöglich. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich deshalb den Reichstag auf.

Berlin, den 20. Oktober 1924.

Der Reichspräsident: gez. Ebert.  
Der Reichkanzler: gez. Marx.

Die Ueberbringung des Auflösungsdekrets an den Reichstagspräsidenten.

Berlin, 20. Oktober. Staatssekretär Bracht hat an den Reichstagspräsidenten das Auflösungsdekret überbracht. Dieses wird sofort gedruckt und sämtlichen Reichstagsabgeordneten zugestellt werden. Mit der Auflösung des Reichstages haben auch sämtliche Ausschüsse des Reichstages ihre Arbeiten beendet. Auch der Aufwertungsausschuß tritt daher nicht mehr zusammen. Die Fraktionen tagen ebenfalls als Fraktionen nicht mehr. Der Präsident wird aber einem Zusammenritt kein Hindernis in den Weg legen, nachdem er sie als Vertrauensleute der Partei betrachtet.

### Neuwahlen und Preußen.

Berlin, 20. Oktober. Wie die L.-U. erfährt, werden die Fraktionen des Preussischen Landtages voraussichtlich am Mittwoch oder Donnerstag zu der durch die Auflösung des Reichstages geschaffenen Lage und ihrer Rückwirkung auf Preußen Stellung nehmen. Es wird erwartet, daß die Fraktionen die Preussische Regierung auffordern werden, den Landtag ebenfalls aufzulösen, um durch die Zusammenlegung der Wahlen im Reich und in Preußen einen weiteren Wahltag in den nächsten Monaten zu vermeiden, der notwendig werden würde, weil der neue Preussische Landtag verfassungsgemäß bis zum 20. Februar 1925 gewählt sein muß. Es ist damit zu rechnen, daß die preussische Regierung sich diesem Antrag der Parteien nicht verschließen wird, das Kabinett vielmehr die Auflösung beschließen wird, die gemeinsam durch den preussischen Ministerpräsidenten und die Präsidenten des Preussischen Landtages und Staatsrates verkündet wird.

### Morgen Sitzung aller Reichstagsfraktionen.

Berlin, 20. Oktober. Infolge der Reichstagsauflösung haben fast sämtliche Fraktionen für Dienstag vormittag Sitzungen einberufen, in welchen sie zu der neuen Lage und zu den Neuwahlen Stellung nehmen wollen. Die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion ist erst für Mittwoch vormittag 10 Uhr in Aussicht genommen. Vor der morgigen Fraktionssitzung der Nationalsozialisten findet eine Sitzung des Vorstandes der Partei mit dem Vorstand des Preussischen Landesverbandes statt.

### Nachflänge.

Berlin, 20. Oktober. Die Krise ist zu Ende, der Reichstag ist aufgelöst, die Erweiterung der Regierung nach rechts gescheitert. Die dunklen Kräfte, die das Ergebnis der Wahlen des 4. Mai nicht zur Auswirkung kommen lassen, die das Volk und namentlich die 6 Millionen Wähler der Deutschnationalen Volkspartei um die Früchte des Wahlsieges betrügen wollten, haben die Auflösung verschuldet. — Die Vorgänge des letzten Tages der Krise sind folgende: Die Demokraten haben,

durch einen Brief des Reichkanzlers noch einmal befragt, ob sie dem Reichswehrminister Geffler das Verbleiben in einem nach rechts erweiterten Kabinett als Fraktionsmitglied der Demokraten gestatten wollten, dieses heute in einer langatmigen Erklärung noch einmal abgelehnt. Daraus ergab sich folgende Situation: Der Reichkanzler hatte sich darauf schickte, nicht ohne wenigstens einen Demokraten das Kabinett nach rechts zu erweitern. Dem stand das Rein der Demokraten entgegen. Die Volkspartei hatte wiederum sich dahin festgelegt, daß das Fortbestehen der gegenwärtigen Koalition für sie nicht mehr zu den Möglichkeiten reche und daß sie nicht ohne deutschnationalen Ministerkollegen noch einmal vor den Reichstag treten wollte. Die Volksparteilichen Minister haben eine ähnliche Erklärung in der heutigen entscheidenden Kabinettsitzung abgegeben. Da Herr Marx nicht ohne Demokraten, die Volksparteiler aber nicht ohne die Deutschnationalen weiter regieren wollten, blieb kein weiterer Ausweg als die Auflösung des Reichstages übrig.

Eine offizielle Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei zu der nun Tatsache gewordenen Reichstagsauflösung liegt noch nicht vor, dagegen die Ansicht eines führenden deutschnationalen Parlamentariers. Der deutschnationalen Führer weist zunächst darauf hin, daß die durch die Auflösung geschaffene Klarstellung der Lage zweifellos auch von der Deutschnationalen Volkspartei bekräftigt werde. An dem Scheitern der Verhandlungen trage selbstverständlich die demokratische Fraktion die Hauptschuld. In einem guten Teile treffe die Schuld aber auch die Zentrumspartei, die dem Einfluß des Herrn Wirth nachgegeben habe, und den Kanzler, dessen schwankende und entschlußlose Haltung die Situation immer wieder verwirrt habe. Demgegenüber sei die Haltung der Deutschnationalen Volkspartei stets einseitig auf eine rasche Lösung der Krise eingestellt gewesen. In diesem Sinne hätten die deutschnationalen Unterhändler auch dem Kanzler gegenüber immer wieder betont, daß sie sich unter keinen Umständen mit einer die Situation nicht völlig nach der einen oder der anderen Seite klärenden Lösung der Krise zufrieden geben würden. Die Deutschnationalen Volkspartei, die bis zur äußersten Grenze des Möglichen gegangen sei, lehne natürlich die mit mehr oder weniger Bestimmtheit zu erwartenden nachteiligen Folgen der Reichstagsauflösung und die damit geschaffene Pause in der gesetzgeberischen und außenpolitischen Parlamentsarbeit ab. Diese Folgen dürften sich namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht bald bemerkbar machen. Es muß weiter darauf hingewiesen werden, daß der bisherige Verlauf der vom Kanzler mit den Deutschnationalen geführten Verhandlungen immer mehr den Beweis erbracht hat, daß man schon von vornherein die Verständigung mit den Deutschnationalen nicht mit dem nötigen Ernste gewollt hat.

Das könne schon aus dem Umstande angenommen werden, daß die Verhandlungen von der Gegenseite zweifellos darauf angelegt waren, die Deutschnationalen von Position zu Position herunterzudrücken. So habe man unter anderem den Deutschnationalen ursprünglich vier Ministerposten versprochen, ohne darin das gegenwärtig vom Grafen Rahtz besetzte Ernährungsministerium einzubeziehen. In diesem Sinne hätten auch die Versprechungen der Volkspartei und des Zentrums vom 29. August gelaute. Die Deutschnationalen hätten sich mit diesem Angebot zufrieden gegeben, obwohl sie eigentlich auf Grund ihrer Stärke fünf Ministerposten hätten beanspruchen können. Trotzdem habe der Kanzler im Laufe der Verhandlungen und zuletzt in seinem heutigen an die deutschnationalen Fraktion gerichteten Brief immer wieder den Versuch gemacht, den Deutschnationalen einen von den vier Ministerposten abzuhandeln. Die Deutschnationalen Volkspartei könne in diesen Versuchen nur den schlechten Willen des Kanzlers erkennen.

Was die Haltung der Deutschen Volkspartei betrifft, so ist die befragte führende deutschnationalen Persönlichkeit der Ansicht, daß man der Volkspartei den Vorwurf der Inkonsistenz nicht machen könne. Die Volkspartei habe ihr Wort gehalten und sich redlich bemüht, die Erweiterung des Kabinetts nach rechts durchzusetzen. An der Haltung der Deutschen Volkspartei sei offenbar auch die, dem Kabinett von den Demokraten nahegelegte neuerliche Befragung des Reichstages gescheitert. Wenn die Deutsche Volkspartei nicht aus dem Kabinett ausgetreten sei, so habe sie sich dabei wohl von der zu verstehenden Erwägung leiten lassen, daß, wenn sie jetzt austreten würde, der ganze Apparat der Regierung im bevorstehenden Wahlkampf ausschließlich dem Zentrum und den Demokraten zur Verfügung stehen würde.

Bezüglich der Ansicht der Deutschnationalen Volkspartei über die kommenden Wahlen äußerte sich der Gewährsmann dahin, daß die Partei natürlich dem bevorstehenden Wahlkampf ruhig und mit größter Zuversicht entgegensehen könne. Die Wahlen dürften unzweifelhaft mit einem noch stärkeren Siege des nationalen Gedankens enden.

Soweit die Ansicht des deutschnationalen Parlamentariers. Die Partei wird sich, wie wir erfahren, voraussichtlich im Laufe des morgigen Vormittags offiziell zur Lage äußern. Wie wir schließlich aus volksparteilichen Kreisen noch erfahren, gedenkt die Volkspartei den bevorstehenden Wahlkampf selbständig, also nicht Schulter an Schulter mit dem Zentrum und den Demokraten zu führen. Sie beabsichtigt, bei dem bevorstehenden Wahlkampf vor allem die außenpolitischen Gesichtspunkte in den Vordergrund zu rücken.

### Strefemann über die Lage.

In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in Frankfurt a. M. hat Reichsaußenminister Dr. Strefemann eine bemerkenswerte Rede über die äußere und innere Politik Deutschlands gehalten. Von besonderem Interesse waren dabei natürlich seine Ausführungen über die Verbreiterung der Reichsregierung nach rechts, in denen er u. a. betonte:

„Wenn die Deutschnationalen in die Regierung des Reichs eintreten, so würde dies von maßgebendem Einfluß auf die Haltung großer nationaler Organisationen sein, in denen heute Kämpfe ausgefochten werden um den Gedanken mit dem Staat oder gegen den Staat auf dem Boden der Verfassung oder für den Bürgerkrieg! Wer das Wohl des Staates will, kann deshalb eine prinzipielle Zurückweisung der Deutschnationalen nicht unterstützen, weil sie das aufkeimende Vertrauen des Auslandes zu einer stetigen Entwicklung in Deutschland untergräbt. Ein Verbleiben der heutigen Regierung ist aber unmöglich, da sie nur über 138 von 474 Mandaten verfügt und bei Ausschaltung der Deutschnationalen sofort von einer parlamentarischen Krise in die andere hineingestoßen werden würde.“

Wenn jedoch keine positive Lösung zu erreichen ist — erklärte Strefemann weiter — dann müssen bei den Neuwahlen sich diejenigen Kräfte zusammenschließen, die auf dem Boden einer nationalen Realpolitik diejenigen zur verantwortungsvollen Mitarbeit bereitenkräfte zusammenschließen wollen, die zu einer Regierungsbildung auf der Grundlage der Fortführung der Richtlinien der heutigen Politik sich bereit finden.

### Die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten.

Über die Stellung der Deutschen Volkspartei zur Sozialdemokratie äußerte sich Strefemann in diesem Zusammenhang dann noch folgendermaßen:

Wenn von der Deutschen Volkspartei gesagt wird, daß sie eine Schwelung vollzogen hätte „von der großen Koalition zum Bürgerblock“, so ist das eine vollkommen unzutreffende Darstellung. Die Deutsche Volkspartei hat ihr Ideal der Volksgemeinschaft nicht aufgegeben und wird es ablehnen, sich auf einen Weg drängen zu lassen, der die Sozialdemokratie prinzipiell von der Mitarbeit am Staate ausschließt.

### Postminister Höfle zur Lage.

Auf einer großen Zentrumerversammlung in Dortmund hat am Sonntag Reichspostminister Dr. Höfle über die innerpolitische Krise gesprochen, wobei er u. a. ausführte:

Deutschland würde in den nächsten Jahren nur auf dem Wege der Koalition regiert werden können. Das Zentrum habe seinerzeit den Kurs von links aufgehoben. Es sei nicht notwendig, daß das Zentrum nur mit der Sozialdemokratie regieren müsse, es könne auch mit anderen Parteien regieren. Hier komme nur die Frage der Zweckmäßigkeit und der Erreichbarkeit zur Erwägung. Das Zentrum habe keine Veranlassung zu einer Umbildung der Regierung. Die Deutsche Volkspartei trage die Verantwortung für den Gang der Dinge. Eine Erweiterung der Koalition nach rechts werde jedoch von weiten Kreisen des Mittelstandes, der Landwirtschaft und auch von namhaften Führern der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung gewünscht. Die Deutschnationalen hätten erklärt, daß sie auf dem Boden der Richtlinien des Reichkanzlers stehen, deshalb könne ihnen auf die Dauer der Eintritt in die Regierung nicht verweigert werden. Es sei geradezu ein unerträglicher Gedanke, daß Marx, der immer eine ganz klare Linie gegangen sei, infolge der innerpolitischen Entwicklung fallen sollte.





## Amtliche Bekanntmachungen.

Zur Verdingung der Malerarbeiten im städtischen Neubau an der Stiftstraße hier selbst ist Termin auf **Sonabend, den 25. Oktober** dieses Jahres vormittags 10 Uhr im Stadtbauamt, Zimmer 39 des Rathauses anberaumt, wo auch die Verdingungsunterlagen ausliegen bezw. gegen Erstattung der Schreibkosten entnommen werden können.

Angebote sind post- und bestellgeldfrei, verschlossen und gehörig bezeichnet spätestens zum Termin einzureichen. Später eingehende Angebote werden nicht berücksichtigt. Zuschlagsfrist 21 Tage.

Stolp, den 20. Oktober 1924.  
Der Magistrat.

### Steuerannahmestellen.

Die Zollkassen in **Stolpmünde** und **Neurath**, Kreis Stolp, werden vom **1. November d. Js.** ab als Annahmestellen für sämtliche Reichssteuern für das Finanzamt (Finanzkasse) Stolp und die übrigen Finanzämter (Finanzkassen) des Landesfinanzamtsbezirks Stettin bestellt.

Die Benutzung der genannten Zollkassen zur Einzahlung der Steuern ist gebührenfrei; Porto- oder sonstige Kosten entstehen für die Steuerzahler nicht.

Die Zollkassen quittieren den Steuerpflichtigen gegenüber rechtsgültig über die Zahlungen als „Annahmestelle der Finanzkasse Stolp.“ Der Tag, an dem die Zahlung an die „Annahmestelle“ geleistet wird, gilt für die Steuerpflichtigen als „Zahlungstag“ im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen und sonstigen Vorschriften in gleicher Weise, als wenn die Zahlung unmittelbar an die Finanzkasse geleistet wäre.

Stolp, den 17. Oktober 1924.  
Finanzamt.

## Stolper Volkshochschule

Beginn der Vorlesungen Donnerstag, den 23. Oktober.

Studiendirektor Dr. Hadlich: **Übungen im Betrachten deutscher Erzählungskunst.** 9 Stunden, Donnerstag pünktlich 6 $\frac{1}{2}$ —7 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Gesangsaal des Gymnasiums. Beginn 23. Oktober.

Studienrat Schröder: **Einführung in das Verständnis der drahtlosen Telegraphie und Telephonie mit Experimenten.** 10 Stunden. Freitag 8—9 Uhr im Physiksaal des Gymnasiums. Beginn 31. Oktober.

Die weiteren Vortragsreihen werden später veröffentlicht. Die Hörergebühr beträgt bei Vortragsreihen für jede Stunde 50 Pf. Die Einzelkarte kostet 1 Mk. Die Mitglieder des Volkshochschulvereins erhalten bei allen Veranstaltungen der Volkshochschule 25% Ermäßigung. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 10 Mk. Anmeldungen im Gymnasium, Zimmer 9, nachmittags von 4—7 Uhr.

## Dorschmehl, Trockenhefe Futterkalk

alles in erstklassiger Qualität offeriert  
zur Schweinemast ab hiesigem Lager

**Stolper landw. Konsum-Verein**  
E. G. m. b. H.

## Asbest-Dachschiefer

in deutschen und englischen Grössen

**Der beste Dachschiefer**

an Festigkeit und Haltbarkeit unerreicht.

\*

**C. D. Ramm, Hamburg 8, Brauerstr. 27.**  
Fernspr.: Roland 3843 - Vertreter gesucht.

## Stadttheater

Direktion: Hans Schneider.

Heute Dienstag 7 $\frac{1}{2}$  Uhr Nur eine Aufführung

„Belinde“

Schauspiel von H. Eulenberg.

Donnerstag 7 $\frac{1}{2}$  Uhr Letzte Aufführung

„Ein Walzertraum“

22 Mann Orchester.

Zu Ehren des am 1. Oktober in den Ruhestand getretenen  
**Herrn Oberbürgermeisters Zielke**  
beabsichtigen die städtischen Körperschaften  
**am Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8 Uhr**

## einen allgemeinen Bürger-Kommers

im Schützenhause, zu veranstalten.

Die Bürgerschaft wird hierdurch zur Teilnahme an diesem Kommers freundlichst aufgefordert.

Ein Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Jedoch hat jeder Teilnehmer am Saaleingang ein Liederbuch für 50 Pfg. zu kaufen.

Für die Damen der Festteilnehmer werden die Galerien zur Verfügung gestellt.

Sofern Vereine geschlossen teilnehmen wollen, wird gebeten, bis Freitag, den 24. die Zahl der Teilnehmer auf Zimmer 21 des Rathauses anzugeben, damit nach Möglichkeit Plätze reserviert werden können.

Stolp, den 20. Oktober 1924.

Der Magistrat. Die Stadtverordneten-Versammlung.  
Dr. Lüsje. Dr. Schmidt.

## Billige süße Südweine

Um es jedem schwachen und kranken Menschen zu ermöglichen, sich für wenig Geld einen guten Stärkungswein zu kaufen, gebe ich folgende Sorten meiner Südweine auch lose in kleineren Mengen zu ganz besonders billigen herabgesetzten Preisen ab.

<b>Samos</b>	1/4ltr. lose, ohne Flasche mit Steuer	0.60 Mk.
	1/1 Flasche mit Flasche und Steuer	1.90 Mk.
<b>Tarragona</b>	1/4ltr. lose ohne Flasche mit Steuer	0.70 Mk.
	1/1 Flasche mit Flasche und Steuer	2.20 Mk.
<b>Malaga</b>	1/4ltr. lose ohne Flasche mit Steuer	0.80 Mk.
	1/1 Flasche mit Flasche und Steuer	2.50 Mk.

Selbstverständlich handelt es sich um nur beste Qualitätsweine, wie sie meine Kundschaft seit Jahrzehnten von mir gewohnt ist, und bitte ich daher, von diesem außergewöhnlichen Angebot ausgiebigen Gebrauch zu machen, da ich dasselbe, wahrscheinlich nur auf kürzere Zeit werde halten können.

Für lose Abfüllung bitte leere, saubere Flaschen mitzubringen.

## Franz Hackbarth

Weingroßhandlung

Fernsprecher 405.

Kirchplatz 12.

## Der große Bucherfolg!

120. bis 150. Tausend

**Brücken führen  
über den Rhein,  
Brücken — und  
keine Cafetten.**

Von einer Französin

Das Buch vom kommenden  
Zusammenbruch Frankreichs

Im besetzten Gebiet verboten!

Gebunden 3 Mark

Dortätig in allen Buchhandlungen oder direkt zu beziehen durch den  
**Drei Sonnen Verlag-Leipzig**  
Georgring 3—5. Postfachkonto Leipzig 68544

## Einige Tropfen Mundwasser „Nr. 23“

ins Wasser ergeben ein angenehm erfrischend  
duftiges Mundwasser Zusammen mit  
**Dr. Bahr's Zahnpulver „Nr. 23“**  
die ideale Zahn- u. Mundpflege nach fachärztl. Vorschrift  
**Schloss-Apotheke, Sach, Drogerie,  
Bahnhof-Drogerie, Lilien-Drogerie.**

**F. W. Feiges**

**Buchdruckerei**  
Stolp i. Pom.

## Drucksachen

in ein- und mehrfarbiger  
Ausführung für Handel-  
und Gewerbetreibende so-  
wie Behörden, Private u.  
Vereine

## Dr. Hellmer verreist

21.—29. Oktober.

## Deutscher Rentnerbund Ortsgruppe Stolp.

Die Auszahlung der Rent-  
nerbeihilfe erfolgt am  
**Mittwoch, den 22. Oktober**  
Morgens von 8—1 Uhr im  
Jugendheim.

## Grundbesitz

jeder Art sofort als Kapi-  
talsanlage gesucht. Ferner  
Annahme und Vermitt-  
lung von

## Hypotheken

durch die  
**Immobil.-Propaganda-  
Gesellschaft, Berlin N. 24,**  
Friedrichstr. 131 d  
Zweigstelle der Deutsch-  
Landw.-Bank N. 6.

## Hypotheken

auf städtischen,  
ländlichen u. industri-  
ellen Grundbesitz

sowie  
**Darlehen**

und  
**Betriebskapital**

gegen jede Art von wirklichen  
Sicherheiten schnellstens und  
zuverlässigst zu zeitgemäß  
günstigen Bedingungen

**Vereinigung Deutscher  
Privatkapitalisten**

Berlin W 612 Kürfürstendam m 14/15

## Groß

ist die Auswahl

in

Anzügen,  
Joppen, Jacketts,  
Hosen, Westen,  
Schuhe, Wäsche  
u. Hosenträgern.

**A. Hoppe.**

Langestraße 22.